

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Einzelpreis vierteljährlich 600 Mk.
Einzelpreis 60 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrags).

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zimmer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albststraße 18.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Rollenzeile ober dem Raum 600 Mk. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.
Eingetragen in die Reichsdruck-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Die Welt gewinnen

Als vor einiger Zeit in der englischen Presse Frankreich „the mad dog of Europe“, der tolle Hund Europas bezeichnet wurde, ist das manchem jenseits des Kanals erschienen zu stark erschienen. Inzwischen hat sich diese Meinung immer mehr verflüchtigt, man hält den Ausbruch eher zu schwach als zu stark. Was schwerlich wundernehmen kann, denn der französische Militarismus ist im Ruhrgebiet eifrig dabei, den Stimmungswandel schnell vollständig zu machen. Die Verhaftungen und Ausweisungen sind kaum noch zu zählen, die Brandstiftung wird zur Regel, die Quälerei aufrecht deutscher Menschen geht ins Maßlose, die Keitpeitsche wütet allwärts. Eine reiche Zahl ausländischer Zeitungsleute sorgt dafür, daß die Heldentaten des französischen Militärs die ganze Welt erfährt. Dank der gründlichen Berichterstattung sieht das Ausland mit klarem Auge den beispieldosen Kampf im Ruhrgebiet und erkennt, daß es sich dort keineswegs um Reparationskohlle, sondern um viel höherwertigere Pläne der Franzosen handelt. So ist es ziemlich verständlich, daß sich die vor kurzem noch beträchtliche Zuneigung zu Frankreich in ihr Gegenteil wandelt. Was die Abneigung der Kulturwelt bedeutet, hat Deutschland nach 1914 genugsam erfahren.

Zimmer und allgemein wird auch in deutschen Arbeiterkreisen der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß die fremden Völker sich jetzt nicht bereit zeigen, dem überfallenen, rücksichtslos vergewaltigten und maßlos geschundenen deutschen Volke zu Hilfe zu eilen. Die Untätigkeit sei um so unverständlich, als sie, die ausländische Welt, sofort mit Herz und Schwert gegen Deutschland zur Stelle war, als dessen Militarismus das friedliche Belgien überfiel. Wohl beurteilte das Ausland den französischen Gewaltstreik mit ziemlicher Schärfe, aber diese Gegnerschaft bewerte, wie immer hervorgehoben werde, noch lange keine Hilfsbereitschaft für das überfallene Deutschland. Warum beweise die Welt nun nicht auch jetzt seine Teilnahme für ein wehrloses, vergewaltigtes Volk?

Die gleiche Verwunderung oder Unbegreiflichkeit wie 1914. Als gleich nach Kriegsbeginn die unbändige Sturzflut der Abneigung, des Hasses, der offenen Feindseligkeit über Deutschland hereinbrach, fragte man in allen deutschen Gassen laut nach des Rätsels Lösung. Eine Anzahl Professoren von hoher Gelehrtheit und gewichtigen Namen wurde veranlaßt, jene seltsame Epistel: Es ist nicht wahr... an alle Völker zu erlassen, zudem deutsche Werbeschriften zentnerweis ins Ausland geschickt. Und die Wirkung im Ausland? Wohlwollend, erhöhte Sachmühseligkeit, ununterbrochen zunehmende Feindseligkeit. Darob noch allgemeineres Kopfschütteln in deutschen Landen, die Unbegreiflichkeit war noch rätselhafter geworden. Auch für diesen Mißerfolg wurde der wissenschaftliche Sündenfleck verantwortlich gemacht. Hätte man sich gefragt, warum denn die Lügen überall so leicht und tief einschlugen, man wäre vielleicht auf dem Wege zu einer Klärung des Rätsels gekommen. Wenn die deutsche Gelahrtheit vor einer Unbegreiflichkeit stand, so deswegen, weil sie die lebendige Menschheit kaum kannte. Sie hatte alte und neue Sprachen, alte chinesische Töpfe und neue japanische Schnitzerei, die Tierwelt der Tiefsee wie die der Hochalpen, die Vergangenheit aller Staaten und Dynastien, den Verlauf von Feldzügen und die Kirchenentwicklung studiert, war auch in der Ägyptologie und Numismatik zu Hause, wie aber die arbeitenden Klassen des Auslandes, neu und zehntel der lebendigen Menschheit lebte, litt, dachte und strebte, das war der deutschen Gelehrsamkeit des eingehenden Studiums weniger wert erschienen. Sie hatte sich hauptsächlich mit dem Vergangenen, dem Toten, dem Verwelkten befaßt, aber viel zu wenig mit dem Gegenwärtigen, dem Lebendigen, dem werdenden.

Es will scheinen, daß man seit dem Kriege nicht klüger geworden ist, andernfalls könnte man sich über die jetzige Gleichgültigkeit der Welt dem deutschen Schicksal gegenüber nicht wundern. Ehe die fremde Volksmasse Zuneigung, Laten, Opfer für ein Land zu bringen bereit ist, fragt sie sich erst, was denn dieses Land an Laten und Opfer für die fremde Masse gebracht hat. Wenn sie im Geiste die Geschichte des opferbringenden Landes durchblättert und nicht viel anderes findet als schwarze Kapitel, dann kann bei ihr Opferwillen und Hilfsbereitschaft nicht leimen.

Daß die Ahnungslosigkeit in Deutschland nicht weichen will, bewegt der Vorschlag, den jüngst ein bürgerlicher Abgeordneter machte. Er meinte, man müsse „redegewaltige deutsche Männer“ ins Ausland schicken, um dort die Herzen für Deutschlands Sache zu weiden. An welche Männer wohl dabei gedacht wurde? Vielleicht an Hindenburg, an Streckmann oder an Leute aus dessen Nachbarschaft? Daß der Himmel unser armes Land vor der Redegewalt solcher Leute behüten möge; wenn im Ausland ein Pent Hilfsbereitschaft bestünde, sie würden ihn vernichten. Für

die Gewinnung der Zuneigung fremder Volksmassen könnten nur Männer in Frage kommen, die durch ihre Tätigkeit für den Fortschritt, die Freiheit, das Wohlergehen, die Gleichberechtigung der Volksmasse weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannt sind und die die Volksseele des Auslandes gründlich kennen. Ohne das eine fehlt die Zuhörerschaft, ohne das andere die Einflußmöglichkeit. Bei der Musterung der bürgerlichen Parteien können wir keinen finden, der als wirksamer Werber für die deutsche Sache im Ausland denkbar wäre. Für eine Aufgabe, die ein so hohes Maß von untadeliger demokratischer Beschaffenheit, Tatkraft und weitgehende Kenntnis der Massenseele bedingt, kommen Leute, die das wilhelminische Zeitalter geprägt hat, nicht in Frage. Sie würden mehr verderben als gut machen.

Wenn wir nun auch die Hinausendung solcher „redegewaltiger deutscher Männer“ mehr schädlich als nützlich halten und darum zu unterbleiben hat, so soll das nicht bedeuten, es könnte und müßte nichts getan werden, die Stimmung der Welt zu gewinnen. Wir halten das sogar für äußerst dringend. Denn wie immer der Ruhrkrieg ausgeht, mag seine endgültige Lösung wird er nur an einem Verhandlungstisch finden, woran neben den beiden unmittelbar beteiligten Staaten noch verschiedene andere sitzen werden. Nicht nur das. Der Ruhrkrieg hält wohl jetzt allwärts den Geist in Spannung, ist aber doch nur eines der Probleme der Neugestaltung der Welt; er ist, wenn auch ein sehr wichtiger, aber doch bloß ein Zwischenfall in dem großen Völkerringen, das 1914 begann und noch lange nicht abgeschlossen ist. Wir stehen erst am Anfang einer tiefgehenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzung. Ein kurzer Rundblick über Europa und Asien läßt gleich ein dringendes Problem sehen, die die Völker von Berlin es ungeleibt oder schlecht gelöst oder noch verwickelter gestaltet haben. Aber kurz oder lang müssen die Fragen in ihrer ganzen Gegenläufigkeit offenliegen und Lösung heischen. Hierbei dürfte Deutschland wiederum, wie seit Friedensschluß, nur der große Leidtragende sein, wenn es ihm nicht gelingt, die Zuneigung und tätige Hilfe anderer Staaten zu gewinnen. Deren Vertreter werden sich, allgemein gesprochen, mit ihrem Handeln nicht in Widerspruch mit der Stimmung der Masse ihrer Bevölkerung setzen können. Im demokratischen Zeitalter bestimmt letzten Endes doch die Volksmasse die Regierungspolitik.

Es muß infolgedessen nach Gewinnung der Masse des Auslandes gestrebt werden. Die Bestrebung muß jedoch, soll sie mehr als Stück- oder Stundenwert sein, von kluger Hand und einem Geist betrieben werden, der in Jahrzehnten und in Erbteilen zu denken vermag. Anders ausgedrückt, es muß eine auf lange Sicht und alle Völker eingestellte Werbearbeit sein, weil wir, wie schon erwähnt, die Weltstimmung weit über das Ruhrproblem hinaus unbedingt benötigen.

Die Gewinnung der Weltstimmung ist weniger schwierig, als es nach der bitteren Erfahrung seit 1914 scheinen mag. Die größte Schwierigkeit liegt in Deutschland selbst und kann und muß in diesem gehoben werden. Sie besteht vornehmlich darin: In so ziemlich allen Staaten ist der wesentlichste Teil des Volkes fortschrittlich, freiheitlich, demokratisch gesinnt. Er fühlt sich verständlicherweise zu gleichgearteten Völkern hingezogen. Die Stimme der Freiheit und der Demokratie findet bei ihm ein offenes Ohr, ein geneigtes Herz, eine willige Hand. Nicht aber die Stimme der Unfreiheit, des Rückschritts, der Reaktion. Er wird um so leichter für ein Land zu gewinnen sein, wenn er weiß, daß es seine Ideale verfolgt hat und verfolgt. Aber nichts als bleierne Gleichgültigkeit ist von ihm zu erwarten, wenn ein Land appelliert, von dem er nur weiß, daß es eigene Kinder als Schlachtopfer gegen Verzählung an fremde Unterdrücker verschachtet hat, schwachsinrige Schwäger als Halbgotter feierte, eine anmaßende Militärlaste pflegte, Morde an freiheitlich gesinnten Männern ungestraft läßt, kapitalistischen Banden ungehörtes Morden gestattet und nicht einmal den Mut aufbringt, die, welche diese Banden aushalten, geziemend zu besteuern.

Damit ist ziemlich klar angebeutet, worauf die bisherige Erfolglosigkeit der deutschen Werbearbeit zurückzuführen ist und was getan werden muß, um die oberste Voraussetzung für moralische Eroberungen in der Welt zu schaffen. Ohne freiheitlichen, demokratischen Ausbau des neuen Deutschland, Beseitigung seiner Justizschande und rücksichtsloses Vorgehen gegen die großen Steuerbetrüger dürfte das Ringen um die Weltstimmung so ziemlich aussichtslos sein. Unter den heutigen Umständen hat höchstens die sozialistische Arbeiterbewegung Aussicht im Werden zu werden die Hilfe des Auslandes. Mit ihrem Pfund an moralischem Kredit läßt sich manches erreichen. Es könnte, es muß nur fleißiger bemüht werden.

Der moralische Widerstand

Die Lage der deutschen Wirtschaft hat durch die Aufhebung eine kritische Zuspitzung erfahren. Zwar ist von einer Stilllegung der deutschen Industrie durch den Einbruch fremder Heere an der Ruhr noch nicht die Rede und der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker hat erst dieser Tage verkündet, daß Deutschland „auch in Zukunft die Verhältnisse in der angestrebten Weise meistern“ könne. Trotzdem muß man sich klar sein darüber, daß erschwerende Umstände eingetreten sind. Das Fehlen der Ruhrkohle für die innerdeutsche Industrie führte zur Einfuhr tschechischer und englischer Kohle, die beide, wenigstens beim früheren Stand der Mark, wesentlich teurer sind als die deutschen Kohstoffe. Der Boykott gegen Frankreich macht uns abhängig von tschechischen und englischen Halbfabrikaten, die aus fruchtlichen und volutarischen Unterschieden beim früheren Stand der Mark teurer sind als die bisher bezogenen Waren. Absatzrückungen, die infolge Kohlen- und Kohlenmangels schon hier und da zu verzeichnen sind, erschweren den reibungslosen Verlauf der Wirtschaft, der gerade gegenwärtig bitter notwendig ist.

Ein Lichtblick ist allerdings vorhanden: die Mark hat sich wesentlich verbessert. Dem höchsten Stand des Dollars von ungefähr 50 000 A steht gegenwärtig ein Preis für den amerikanischen Dollar gegenüber, der zwischen 21 und 22 000 A schwankt. Die Verbesserung unserer Währung durch aktive Stützungsmaßnahmen ist zu begründen, obwohl gelagt werden muß, daß eine derartige Stärkung der Mark früher bei einem Dollarstand von 5 bis 6000 A leichter und weniger kostspielig gewesen wäre. Die Art der Durchführung entspricht, wie besonders betont werden muß, Vorschlägen, die seit langer Zeit von sozialistischer und gewerkschaftlicher Seite gemacht wurden. Es ist nicht unwichtig, zu unterstreichen, daß währungspolitische Rettungsversuche noch vor kurzer Zeit vom Reichsfinanzministerium als unmöglich bezeichnet wurden.

Die Markbesserung verpflichtet. Sie wurde nämlich nicht nur unternommen, um zu unterstreichen, daß die Aufhebung der deutschen Wirtschaft das Rückgrat nicht gebrochen habe, sondern sie sollte auch den moralischen Widerstand der breiten Massen festigen. Das ist an und für sich ein durchaus gerechtes Mittel, denn die schwerste Prüfung für die breiten Massen war der unausführliche Rückgang des Reallohnes, so daß neben allen schweren wirtschaftlichen Schädigungen in den letzten Jahren der Geldentwertung besonders nutzlos entgegengesehen wurde. Waren die Lasten der Reparation eine Erschütterung für die deutsche Währung, so wurde immer mehr offenbar, daß die Schnelligkeit der Markauslösung nur erklärt werden konnte aus der Verschlingung der deutschen Wirtschaft selbst. Der tiefste Sturz der deutschen Bevölkerung richtete sich gegen die unverdächtige Anpassung des gesamten innerdeutschen Wirtschaftslebens an den Anstieg der ausländischen Zahlungsmittel.

Um die Berechtigung dieser Entscheidung nachzuweisen, sind von Erzeuger- und Händlerseite viele Theorien vorgetragen worden. Am meisten befürwortet wurde die Preisgehaltung nach den sogenannten Wiederbeschaffungskosten. In dieser Theorie steckt ein Korn Wahrheit. Ist der Erzeuger und Händler beim Wiederkauf seiner Rohstoffe oder Halbfabrikate oder Waren nur noch in der Lage, einen kleineren Bruchteil der eben verkauften für den Erlös seiner Ware wieder einzukaufen, so muß in weiterer Entwicklung damit verbunden sein ein Zusammenbrechen der Substanz, ein Kleinwerden der Betriebsmittel und damit logisch verbunden geringere Arbeitsmöglichkeit. Die Wiederbeschaffungstheorie hat Anerkennung gefunden in allen Kreisen der Unternehmerwelt. Wenn die Preise sich meistens gerichtet haben nicht nur nach den Wiederbeschaffungskosten zugleich eines oft nicht angemessenen Gewinns, sondern auch eines erheblichen Sahes für die wahrscheinlich bis zum Wiederverkauf eintretende Geldentwertung, so lagen hier Ausschreitungen vor, die uns aus der kapitalistischen Wirtschaft wohl bekannt sind.

Wenn nun die Stützungsaktion für die Mark nicht nur unternommen wurde, um den Erzeugern die Möglichkeit zu verschaffen, Kohle, Baumwolle, Erze usw. billiger aus dem Ausland zu beschaffen, sondern den gesamten Preisstand in Deutschland herabzudrücken, so ist die Frage der Stützungsaktion für die Mark in ihrer Auswirkung einzuzeichnen von der Seite der Preisgeber. Die breiten Massen der Bevölkerung haben das spannende Schauspiel der Markbesserung im Zusammenhange mit der Frage betrachtet: Wird uns die Verbesserung der Mark die Verbilligung der Lebenshaltung bringen, die unerlässlich ist, weil die Kaufkraft der Arbeiter der Bevölkerung und den Warenpreisen angewachsen ist? Wird es jetzt möglich sein, mit den Papiergeldern, die die Arbeiterkraft in die Hand bekommt, ein angenehmes, auskömmliches Leben zu führen?

Der Dollar ist zurückgegangen von 50 000 auf 22 000 A, das ist eine Verschlechterung des Dollars und eine Verbesserung der Mark um über 50 v. H. Es ist zuzugeben, daß die Preise bei einem Stand des Dollars von 50 000 dieser Höhe noch nicht nachstamen, denn der letzte Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung von Anfang Februar 1923 erreichte das 716fache des Friedenspreises, während der Dollarstand des Stichtages das 924fache betrug. Das rechtfertigt aber nur, daß die Preise nicht auch sofort am eben die selben 50 Hundertteile und mehr heruntergehen konnten.

Es ist zweifellos nicht gelungen, einen nennenswerten Rückgang der Preise durchzuführen. Unternehmer und Händler wollen jetzt vom Wiederbeschaffungspreis nichts mehr wissen und rechnen nach dem Tage des höchsten Einkaufspreises.

Der Reichswirtschaftsminister hat weiter darauf aufmerksam gemacht, daß englische Kohle billiger sei als deutsche, daß aber der Kohlenpreis abhängig sei vom Holz- und Eisenpreis und den Vergarbeiterlöhnen. Soll hier den Unternehmern das Stichwort gegeben werden, daß die geringen Preisermäßigungen damit zu erklären sind, daß die Löhne noch weiter steigen?

Die Vergarbeiterlöhne werden, wie alle Löhne, sich noch steigern müssen, weil, wie selbst die Vossische Zeitung schreiben muß, sie auch nach den letzten Preisrückschlägen auf den Lebensmittelmärkten der Steigerung der Lebenshaltungskosten durchaus noch nicht angepaßt sind. Außerdem weiß auch der Reichswirtschaftsminister, daß die Höhe des Lohnanteils an den Produktionskosten überall zurückgegangen ist. Aber warum sorgt er nicht für den Rückgang des Holzpreises, der neben wucherischen Ausartungen gegenwärtig deshalb so hoch ist, weil just in diesem Augenblick sich im Holzhandel entscheidende Interessen kämpfe abspielen, die den Preis des Holzes hochtreiben. Und der dritte Faktor: der Eisenpreis. Der unermüdliche Kampf der Arbeiterschaft gegen die hohen Eisenpreise war und ist teilweise erschwert durch den Kohlenpreis, der sie bis zu einem gewissen Grade automatisch festlegt. Nun soll auf einmal der Kohlenpreis vom Eisenpreis abhängig sein.

Der Großhandelspreisindex der Industrie- und Handelszeitung hat in der zweiten Februarwoche eine Ermäßigung um 0,9 v. H. und in der dritten eine weitere um 5,7 v. H. erfahren. Der für die Zeit vom 13. bis 20. Februar errechnete des Berliner Tageblatts weist einen Rückgang um 7 v. H. auf; aber er war nur halb so groß wie die gleichzeitige Kurseinbuße des Dollars. Die auf den Sonntag 24. Februar berechnete Großhandelsindex der statistischen Reichsanstalt ergibt gegenüber dem Stand vom 15. Februar einen Rückgang von 2,4 v. H. Der meistgenannte Großhandelsindex, der der Frankfurter Zeitung, betrug am 1. Jan. das 206fache der Friedenshöhe bei ein. Dollarstand von 7108 1. Febr. 7158 46512

Für den 1. März ist der Index noch nicht bekannt; aber glaubt jemand, daß er sich im Verhältnis zum Dollarsturz nach den obengenannten Beispielen erniedrigen wird?

Es ist zu beachten, daß die Preisentwicklung vor allem bei den Warengruppen in Erscheinung tritt, die reine Importwaren sind, dagegen unmerklich wird, wenn es sich um eine Verbindung von ausländischen und inländischen Rohstoffen handelt und gar nicht in Betracht kommt, wenn es reine Inlandsprodukte sind.

Die allgemeinen und verallgemeinernden Regierungserlasse haben keinen Zweck. Wenn die Verjurung groß ist, mit Preis-erhöhungen eilig und unbedenklich und mit Preisermäßigungen zögernd und zurückhaltend zu sein, so darf es bei einem Rück-schreiben des Reichswirtschaftsministeriums nicht bleiben. Die Entwicklung im ganzen ist nicht nur gefährlich, weil der metallische Widerstand durch derartige Rücksichtslosigkeiten des deutschen Kapitalismus natürlich nicht gestiftet wird und weil das Los der breiten Massen damit immer unrettbarer wird, sondern auch im Hinblick auf die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft.

Diese Regierungserlasse haben um so schlechtere Wirkung, als auch die Regierung dort, wo sie Einfluß hat, nicht Preis-ermäßigungen durchführt. Wo die Regierung selbst als Unternehmer verantwortlich ist, wie beim Spiritusmonopol und vor allem bei den Holz- und Getreidepreisen, leistet sie selbst keinen Widerstand. Eben erst hat sie den Preis für das vierte und fünfte Sechstel des Umlagegeldes von 165 auf 600 000 A für die Löhne erhöht. Um am 1. März die Verdopplung der Wertarbeit zu vermeiden (die Personalarbeite hat um 100 v. H. erhöht worden), mußte die Industrie mit schwerem Gedröh aufpassen. Daß die Erhöhung unterblieben ist, hat Berechtigung; aber es wäre gewöhnlich gewesen, wenn das Reichswirtschaftsministerium bei dieser Gelegenheit auch gegen die Preis-politik der Industrie vorgegangen wäre.

Die Entwindung der Preise im Inland muß eine schwere Abwärtsentwicklung zur Folge haben. Man kann zwar nicht von einer allgemeinen Überweltmarktspirale der deutschen Preise sprechen, weil nämlich auch die Preise im Ausland gegenüber ihrem Preisniveau gestiegen sind. Aber in vielen Gruppen des industriellen Lebens hat sich die Spanne zwischen Auslands- und Inlandspreis völlig verkehrt. Die englische Kohle wäre beim heutigen Stand des englischen Bundes wesentlich billiger als die deutsche, wenn nicht unter der Wirkung der starken Nachfrage infolge der Ruhrbesetzung eine Verteuerung der englischen Kohle in englischen Geld eingetreten wäre. Die deutschen Eisen- und Metallpreise haben eine bedauerliche Entwindung genommen und wir müssen jetzt erleben, daß das nicht stimmt, daß Länder mit gerüttelter Währung auch Länder mit dem niedrigen Preisniveau sein müssen. So wie Bismarck und noch weit darüber hinaus Koslos eines Tages die traurigen Städte der Welt geworden sind, so geht dieselbe Gefahr für die deutsche Wirtschaft herauf.

Will man im gegenwärtigen Augenblick schwere soziale Erschütterungen vermeiden und will man die Front nicht zusammenbrechen lassen, dann muß mit einem schmerzigen

Preisabbau begonnen werden. Die Stützaktion für die Mark als währungspolitische Versuch bleibt unvollständig, wenn sie nicht verbunden wird mit den andern notwendigen Maßnahmen, wie Prüfung der von der Wirtschaft geordneten Kredite, Abkündigung der Devisen Spekulation, beschleunigte Eingliederung der ausstehenden Steuern, beschleunigte Abführung des Lohngebührens und Erlassung eines über das jetzige Maß hinausgehenden Teils von Exportzöllen. Ganz bedeutungsvoll aber muß sie werden, wenn sie nicht verbunden ist mit der nach allen wirtschaftlichen Gesetzen möglich verknüpfte Herabsetzung der Preise. Dr. G.

ADGB, DMV u. Ruhrhilfe

Das Korrespondenzblatt des ADGB nimmt in einem längeren Artikel Stellung gegen den DMV und seine Haltung zur Ruhrhilfe. Dem DMV wird vorgeworfen, daß er durch Gegenentscheidungen und Sonderaktionen eine durch Beschluß der Verbandsvorstände im Gang befindliche Aktion, die bindend sei, durchkreuzt. Es sei für den ADGB unerträglich, daß Beschlüsse, die eine einheitliche Aktion gewährleisten sollen, systematisch von Vertretern seiner größten Organisation durchkreuzt und der Widerstand gegen dieselbe organisiert würde. Demgegenüber begrüßt man mit den besten Willen die bereits in der letzten Bundesversammlung von den beiden Vertretern gemacht wurden:

1. Der Ausschub des ADGB hatte nach den Satzungen des Bundes kein Recht, einen bindenden Beschluß zu fassen, der die Gewerkschaften und deren Mitglieder verpflichtet, dem Abzug eines Stundenlohnes zuzustimmen, der in eine mit dem Unternehmertum gemeinsam vermittelte Unterstützungskasse fließt. Dieser Sachlage entsprechend, ist in dem Antrag des Vorstandes des ADGB und der Spitzenorganisation der Unternehmer der Abzug eines Stundenlohnes auch nur „empfohlen“ worden.

2. Sollen derartige gemeinsame Geldsammlungen stattfinden, dann hat die leitende Körperschaft die Pflicht, bei den Vorbereitungen sich freie Hand vorzubehalten und nur solche Vorschläge zu machen, die es allen Organisationen ermöglichen, sich auf einer gemeinsamen Basis zu verständigen. Das war im vorliegenden Falle um so mehr geboten, als sich bei der Beratung der Vorlage zeigte, daß 14 Bundes-ausschubmitglieder, die etwa die Hälfte der freigewerkschaftlichen Mitglieder vertreten, gegen den Antrag des Bundesvorstandes stimmten und ferner noch während der Beratung bekannt wurde, daß der Orts-ausschub Berlin die gemeinsame Sammlung ablehnte, ein Vorgehen, dem sich später aus allen Teilen des Reiches noch viele andere Orts-ausschüsse des ADGB angeschlossen.

3. Dem Beschluß des Bundesauschusses zuzustimmen, war unserer Organisation unmöglich. Der erweiterte Beirat des DMV hat den Arbeitern des Ruhrgebietes seine volle Solidarität bekundet und in selbständiger freigewerkschaftlicher Sammlung allen Mitgliedern die Abgabe eines Stundenlohnes für einen Kampffonds und zur Unterstützung der Arbeiter in Kampf und Not empfohlen. Die sachliche Stellungnahme des Vorstandes und erweiterten Beirates unserer Organisation ist eine einmütige und durch-durchaus die von unseren beiden Vorstandsvorstetern im Bundesauschub eingenommene Haltung. Der Vorstand.

Leset eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Sie kostet alljährlich viele Millionen. Diese Millionen sind Verbandsbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest, hat sie zum Verkauf an Hausfrauenangehörige und Ritarbeiter nicht weitergeben, vergrebt Verbands-geld. Verbands-gelder sind die eigenen Groschen.

Internationale Solidarität einer kommunistischen Organisation

Die dem syndikalistischen Niederländischen Arbeitssekretariat (N. A. S.) angeschlossene Niederländische Transportarbeiterföderation ist, wie vom Sitz des Internationalen Gewerkschafters berichtet wird, neben dem syndikalistischen Bauarbeiterverband die einzige Gewerkschaft, in der es den Kommunisten gelingt, die Leitung in die Hand zu bekommen. Diese Stellung haben sie benützt, um in der syndikalistischen Gewerkschaftszentrale mit allen Mitteln für den Anschluß an die rote Gewerkschaftsinternationale Propaganda zu machen. Als hauptsächlichster Grund wurde dabei ins Treffen geführt, daß nur der Anschluß an die rote Gewerkschaftsinternationale die Möglichkeit auf Vermeidung einer internationalen revolutionären Solidarität biete.

Während am dem Niederländischen Gewerkschaftsbund und der Internationalen Transportarbeiterföderation angeschlossene Zentralverband der Transportarbeiter die in der Rheinischhaffahrt beschäftigten holländischen Arbeiter aufforderte, unter keinen Umständen Arbeit an requirierten Schiffen der französischen Besatzung anzunehmen, auf denen von deutschen Organisationen — dem Reichsbund und dem Reichsanwalter- und Feuertverband — der Streik erklärt wurde, hat die „revolutionäre“ holländische Transportarbeiterföderation ihre Mitglieder angewiesen, die Arbeit ruhig fortzusetzen, mit der Begründung, daß der Kampf im Ruhrgebiet ein Kampf zwischen zwei kapitalistischen Gruppen sei und somit keinerlei Arbeitsinteressen im Spiele seien.

diesem Auf begerterte er die Menschheit und machte Arbeiterläufe wagten es, nach der Grubehand reinsteht der Grenzspähle zu greifen. Herricht und Friedrich Engels schuf er das „Kommunistische Manifest“, welches zum Programm der internationalen Sozialdemokratie wurde. Sein Hauptwerk ist aber das Kapital, ein gewaltiges Werk, in dem er das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft wissenschaftlich darlegt. Entdeckung und Verleser erfordert und an ihrem geschichtlichen Ende die Latenzordnung des Sozialismus verknüpft. Wir können den letzten Kämpfer Karl Marx nur ehren, wenn wir seine Lehre in die Tat umsetzen. Mit Harun Scherbid sah er die Zukunft der Arbeiterklasse vor sich, gab Lehren und Ermahnungen und eroberte keine Stimm als Barner. Jetzt, wo wir ein weiteres, erregendes Stück Weltgeschichte miterleben haben, können wir unter den nach den Erfahrungen und die Erkenntnis der Gegenwart und das Haupt zu bringen um dem großen Geist Karl Marx, der schon vor einem halben Jahrhundert die kommunistische Entwicklung aufzeigte und der Arbeiterklasse die Wege zur Befreiung zeigte. Karl Marx lebt in seinen Werken.

Selbst das der Gewerkschaftsbewegung hat er in ihrer Frühzeit die Wege gewiesen und wir tun gut daran, immer und immer wieder seine Worte zu lesen und zu beherzigen, denn Karl Marx hat noch nicht das Geschick gefunden, das seiner Worte würdig wäre.

Dieses Manifest

Die Unwissenheit ist ein Dämon, wir fürchten, sie wird noch manche Unwissenheit anführen; mit Recht haben die größten griechischen Dichter: in den jenseitigen Dromen der Königsräuber von Hades und Leben als das tragische Schicksal dargestellt.

Die Geschichte von Klassenkämpfen

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft — das heißt, genau gesprochen, die menschlich überlebte Geschichte — ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Feudal und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und

Ein Ungeheuer der englischen Arbeiterpartei.

Jüngst war eine Abordnung der englischen Arbeiterpartei nach London im Ruhrgebiet. In ihrem Bericht an die Partei schlägt sie vor, der einzige aus der Schmirgelindustrie führende Weg ist für Frankreich, Deutschland, Britannien, Belgien und Italien, das Ruhrgebiet der Ruhr zu internationalisieren, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und es zum Nutzen der alliierten Völker auszugeben, die deutschen Vergleute und Eisenarbeiter haben für die Verbündeten zu schaffen, der ganze Gewinn ist als Reparationsleistung zu verteilen und die deutsche Regierung hat die (deutschen) kapitalistischen Eigentümer zu entschädigen, die Verwaltung des Ruhrgebietes geschieht durch ein Direktorium, gebildet von den Alliierten.

Das der Vorschlag wäre seine Vaterkraft nicht von einem so verfügbaren Blatt wie dem New Statesman bestätigt, wir glauben, er sei eine dumme Erfindung der Daily Mail. Es ist so unfaßlich, er macht die Lösung des Reparationsproblems demagogisch schwierig, daß er vom ersten antilichen Lausburchen der französischen Kriegsangehörigen kommen könnte. Das in dem Vorschlag geforderte Verwaltungsdirektorium würde natürlich auch Militär zum eigenen Schutz verlangen und noch mehr gestellt erhalten, als heute die französischen Ingenieure, nur mit dem Unterschied, daß dann nicht mehr Frankreich allein mit den Kosten der Verantwortung und dem „Ruhm“ belastet werden würde, sondern der gesamte europäische Teil der Verfallter Junst. Damit könnte sich selbst der edle Poincaré mit seinem Finanzminister und den französischen Metallmachern befreit er-lären, zumal ja einer allierten Truppe mit geringerer Gefahr für den Ruhm der Grande Nation die Aufgabe übertragen werden kann, bei den Vergleuten und Eisenarbeitern die Schanzlupf für die edlen Sieger mit dem Säbel zu entfachen.

Aus diesen kurzen Andeutungen geht schon hervor, daß der Vorschlag keine Lösung, sondern eine Verzögerung der Lösung des Ruhrproblems bringt. Der Vorschlag läßt politische Denkfähigkeit vermissen. Wie seine Väter heißen, haben wir trotz allem Suchen in der englischen Presse noch nicht feststellen können. Es wäre natürlich sehr falsch, die Arbeiterpartei oder ihre Leitung für den Vorschlag verantwortlich zu machen, denn die überwältigende Mehrheit der Partei wie der Leitung vertritt in Sachen des Ruhrproblems einen Standpunkt, wegegen vom logikalischen Standpunkt nur wenig eingewunden ist. Dieser Abordnung zeigt wieder einmal, wie leicht bei einer Wahl ein Unglück passieren kann. Um solches zu verhüten, sollte man, wenn dahem die politischen Einser nicht zu entdecken sind, lieber von einer Abordnung ganz absehen. Der New Statesman meint, er könne die Arbeiterpartei zu dem Vorschlag nicht beglückwünschen. Etwas anderes können auch wir nicht sagen, wenn wir bei parlamentarischen Ausdrücken bleiben wollen.

Streifbrecher nach dem Ruhrgebiet!

In der letzten Zeit gingen Mitteilungen durch die Blätter, daß polnische, tschechische, serbische und ungarische Bergarbeiter auf dem Wege nach Frankreich seien. Die der Internationale Gewerkschaftsbund (Stütz Amsterdam) mitteilt, vermutete er, daß diese Bergarbeiter in irgendeiner Weise für das Ruhrgebiet bestimmt sind und wandte sich an die betreffenden gewerkschaftlichen Landeszentralen mit der Bitte um Untersuchung. Am 22. Februar erhielt er von der Gewerkschaftskommission Deutschsüdwest ein Schreiben, wonach 30 von französischen Agenten in Vise (Widmen) angeworbene Arbeiter im Innern abgehalten worden seien. Diese Arbeiter waren angeblich für Arbeit an den Eisenbahnen angenommen worden. In der Woche vorher sollen auf der gleichen Strecke neue serbische Bergarbeiter durchgehauen sein. Da sie einzeln reisten, seien sie der Aufsichtsmacht der dortigen Gewerkschaften entgangen.

Nach weiteren Mitteilungen aus der deutschsüdwestlichen Gewerkschaftskommission war in ihren Kreisen die Meinung, daß die Streifbrecher nach dem Ruhrgebiet ferngehalten werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat nunmehr auch an die übrigen gewerkschaftlichen Landeszentralen des Reiches gerichtet, daß gleiche zu tun. Die Erfüllung des Verlangens ist oberste Pflicht der Gewerkschaften und es ist zu erwarten, daß es hier nicht an dem nötigen Eifer fehlt. Es bedarf ohne Zweifel großer Umsicht, da die Streifbrecherwerber jedenfalls keine Blöcke scheuen werden, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Die Arbeiterpartei als Frontkämpfer. Wie wir der Arbeiterpartei Zeitung vom 28. Februar entnehmen, befindet sich die Stadt Krier seit einigen Tagen in großer Erregung. Dies habe

einerseits keine Ursache darin, daß ein gewisser, nicht näher bekanntgewordener Fall zu einer Vertimmung zwischen den Arbeitern des städtischen Elektrizitätswerks und zwei leitenden Beamten geführt hat. Die Arbeiterpartei glaubt, daß in einem Falle die Leitung des Werks einem Ansuchen der französischen Besatzungsbehörde zu weit entgegengekommen sei und macht deshalb bei zwei leitenden Beamten, die sich einer angesehenen Stellung in der Stadt erfreuen und bisher an ihrer treudeutschen Gesinnung keinen Zweifel aufkommen ließen, zum Vorwurf, den Franzosen gegenüber nicht standhaft genug gewesen zu sein. Das Disziplinargericht, das sich aus Stadtratsmitgliedern und Bürgern der Stadt zusammensetzte, sowie das Disziplinargericht in Arnberg sprach aber beide Herren, die eine Ausflüchtung des Falles nicht scheuen, frei. Augenblicklich liegt der Fall bei der höheren Instanz in Berlin vor, wo er völlig aufgearbeitet werden soll.

Die Meinung des Adner Blattes bekräftigt die Tatsache, daß der Arbeiter, Deutschland's drunter Sohn, der nachlässigste und unentschiedenste Kämpfer gegen den französischen Beutezug und gegen unsichere Kantontisten der eigenen Front ist.

Karl Marx zum Gedächtnis

Vor ein Jahr hat am 14. März 1883 verstorben, seit dem Friedhof zu Highgate im England der Hügel über die herrliche Höhe unter Karl Marx geschloffen wurde. In der Nähe Londons, der Hauptstadt jenes Landes, das dem aus seiner deutschen Heimat hervorgegangen eine Weltgeschichte geschrieben, liegt er begraben.

Als 1883 der Kunde Karl Marx ist tot! der Welt durchdringt, seitdem in dieser Trauer Millionen Arbeiter das Haupt. Eine Millionen-tausender Arbeiter, die dem unermüdlichen, mühsamen Kämpfer auf der Entdeckung mit Vertrauen und heiligem Eifer folgten, sind plötzlich fähiger. Ritten aus Arbeit und Kampf gerissen; vieles warnte und wachte er noch für die Arbeiterklasse der Welt zu schaffen und vieles brachte die junge Bewegung zur Stärkung und Festigung und doch zu früh kehrt der Tod des Schwerm und seiner Hand sein geistiger Jünglingsbruder Friedrich Engels hat das Wort im Willen und Geist Karl Marx wiedergeboren.

Das Wort Karl Marx steht auf jedem Ort, alle sein Kritiker und Feinde, die unerschrocken versucht haben, Marx zu widerlegen, seine Arbeit zu vernichten, sind selbst darüber geschanden geworden. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat nicht verstanden, Marx zu überwinden, hingegen wird Marx diese Gesellschaftsordnung zu widerwinden. Von diesem Wandel sind heute Millionen und Millionen des Weltproletariats erfüllt.

Marx hat den Sozialismus zur Wissenschaft gemacht und damit den Befreiungskampf der Arbeiterklasse auf den Bereich der Utopie, der Träumerei und Phantasie verlegt auf den Boden der Wirklichkeit. Er ist der moderne Arbeiterbewegung, die so gewaltig gewachsen ist und die Arbeiterklasse aus einem isolierten Volk zu einem wohlgeordneten Hebel der Weltgeschichte machte. Er erweiterte die Macht des Proletariats durch die Schaffung der Internationalen Arbeiterassoziation, der ersten Internationalen Proletarier aller Länder vereinigt sich, mit

Leibgenen, Junfbürger und Gefell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückter haben in steten Gegenseitigkeit zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald verstandenen, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft erobert oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gleichheit der Gesellschaft in wirtschaftlichen Ständen, eine unvollständige Abspaltung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven, im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Junfbürger, Gefellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abteilungen. Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Verfassungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Welt-schaft hat sich in zwei und nicht in drei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Die Gewerkschaften fallen als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse herab.

Ihre Vergangenheit: Das Kapital ist eine konzentrierte gesellschaftliche Kraft, während der Arbeiter nur über seine persönliche Arbeitskraft zu verfügen hat. Ein Vertrag zwischen Kapital und Arbeit kann daher niemals auf gerechter Grundlage in dem Sinne einer Gesellschaft abgeschlossen werden, welche den Besitz der materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf eine und die lebendige Produktionsfähigkeit auf die entgegengesetzte Seite stellt. Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter besteht in ihrer Zahl. Die Macht der Zahlen wird aber durch ihre Unvereinbarkeit gebrochen. Die Unvereinbarkeit der Arbeiter wird durch ihre unermüdliche Konkurrenz untereinander erzeugt und gemindert. Die Gewerkschaften hatten ihren Ursprung in dem freiwilligen Streben der Arbeiter, diese Konkurrenz zu belegen oder

Die Wirkungen des Achtstundentags

Wenn man die Äußerungen der kapitalistischen Presse liest und die Ausführungen der Vertreter und Kupferer des Kapitalismus hört, so muß man annehmen, daß es keine schädlichere Einrichtung gibt, als den Achtstundentag. Wie vor achtzig Jahren der Zehnstundentag das größte Unglück für England war, wenn man den Kapitalisten und ihren Soldatennachkommen glauben darf, so ist heute der Achtstundentag das größte Unglück für Deutschland. Aber wie damals die Entwicklung neue Behauptung geradezu glänzend widerlegt hat, so wird auch die Entwicklung der nächsten Jahre den Beweis erbringen, daß die Gegner des Achtstundentages Unrecht gehabt haben. Man darf sich deshalb durch das Lament der kapitalistisch verfeuchten Redner und Schreiber nicht irren lassen. Leider hat es ihre plauderhaft ausgelegene, mit allen Mitteln der Verleumdung und Verbunklung geführte Propaganda fertig gebracht, daß selbst frühere Anhänger des Achtstundentages in ihrer Meinung wandelnd geworden sind und eine vorläufige Aukerkräftigung des Achtstundentages fordern. Da ist es denn doch angebracht, einmal die Wirkungen, die ihm angedichtet werden, zu vergleichen mit denen, die er wirklich gehabt hat. Wenn man ruhig und sachlich über den Wert oder Unwert des achtstündigen Arbeitstages urteilen will, so muß man vorher untersuchen, wie er in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gemittelt hat. Im einzelnen ist festzustellen: Hat der Achtstundentag eine Verminderung der Arbeitsleistungen im Gefolge gehabt? Sind die etwa nachweisbaren verminderten Arbeitsleistungen wirklich die Folge der kürzeren Arbeitszeit oder haben sie vielleicht andere Ursachen? Wenn wirklich ein Rückgang in den Arbeitsleistungen eingetreten ist, gibt es nicht andere Mittel und Wege, diesen Rückgang zu beheben, als die Beseitigung des Achtstundentages? Wie zahlreiche Versuche festgestellt haben, haben die Arbeiter in einer achtstündigen Arbeitszeit quantitativ und qualitativ mehr geleistet, als vorher in einer längeren Arbeitszeit. Es sei nur erinnert an die Erfahrungen, die der Jalousiefabrikant Heineke & Planck in Berlin, der Stahlwerksfabrik Heineke & Planck in Berlin, der Leiter und Eigentümer der Vereinigten Chemischen Fabriken in Belgien, Obergingenieur F. Rom und andere Unternehmer mit dem Achtstundentag gemacht haben. Alle diese Praktiker sind durch die Ergebnisse ihrer Versuche zu begeisterten Anhängern des Achtstundentages geworden. Besonders bemerkenswert ist ein Versuch, den die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Jahren 1908 und 1904 unternommen hat. Es wurden zwei erstklassige Kriegsschiffe gebaut: das eine auf der Staatswerft, auf der die achtstündige Arbeitszeit eingeführt war, das andere auf einer Privatwerft, die ihre Arbeiter noch zehn Stunden täglich arbeiten ließ. Das Ergebnis war, daß auf der Privatwerft in einer Arbeitsstunde durchschnittlich 8 Pfund Material, auf der Staatswerft dagegen 6,5 Pfund verarbeitet wurden. Die Arbeitsleistung eines Arbeiters auf der Staatswerft überstieg die eines Arbeiters auf der Privatwerft um annähernd 25 v. H. Auf Grund dieser Ergebnisse wurde ein Gesetz erlassen, wodurch bei staatlichen Aufträgen die Unternehmer verpflichtet werden, ihre Arbeiter nur acht Stunden täglich zu beschäftigen. Wenn also heutzutage in der Industrie hier und da ein Rückgang der Arbeitsleistungen zu verzeichnen ist, so kann dies nicht am Achtstundentag liegen, sondern muß andere Ursachen haben. Vielleicht haben die Arbeiter nicht verstanden, ihren Betrieb technisch auf die verkürzte Arbeitszeit einzustellen, oder sie sabotieren den Achtstundentag absichtlich und böswillig, vielleicht hat auch der Weltkrieg, der so ungeheure wirtschaftliche Werte vernichtet hat, manchen Betrieb zerrüttet, daß eine gleiche Arbeitsleistung wie früher zu einer technischen Unmöglichkeit geworden ist, vielleicht ist auch die Arbeitslust in manchen Betrieben infolge der falschen Lohnpolitik, der mangelhaften Ernährung und aus anderen Gründen gesunken. Es läßt sich denken, daß zahlreiche Arbeiter durch den Weltkrieg und seine Begleiterscheinungen von der Arbeit entzweit und seelisch erschüttert worden sind, so daß sie gleichgültiger und nachlässiger arbeiten als früher. Alle diese Ursachen einer verminderten Arbeitsleistung lassen sich aber ohne Beseitigung des Achtstundentages aus der Welt schaffen, und es wäre wirklich an der Zeit, daß die Unternehmer einmal darüber nachdenken, ob denn die Steigerung der Arbeitsleistungen mit aller Gewalt auf Kosten der Arbeiter- und Angestelltenmasse vorgenommen werden soll, ohne daß andere Mittel versucht werden.

Die wohltätigen Wirkungen des Achtstundentages in gesundheitlicher, geistiger, seelischer und sittlicher Beziehung fallen jedem Beobachter in die Augen. Was zunächst die Hebung des Gesundheitsstandes der arbeitenden Bevölkerung anbetrifft, so ist es doch selbstverständlich, daß eine kurze Arbeitszeit, die ein besseres Ausruhen ermöglicht, die Menschen körperlich und geistig kräftigt und zu einer quantitativ und qualitativ höheren

Arbeitsleistung befähigt. Der Arbeiter, den der ausbeuterische Kapitalismus jahrzehntlang durch die überlange Arbeitszeit an der Gesundheit und der Arbeitskraft und dem seelischen Wohlbefinden der Arbeiterklasse gerieben hat, schreit geradezu zum Himmel und es wäre ein Verbrechen an der Menschheit, wollte das Proletariat gleichgültig zusehen, wie dem Kapital wiederum die Möglichkeit geboten wird, das Verelendungssystem erneut einzuführen. Zweifellos vollzieht sich unter dem Einfluß des Achtstundentages eine Gesundung des deutschen Volkes, was alle aufmerksamen Beobachter bestätigen, und deshalb muß es als ein verhängnisvoller Fehler bezeichnet werden, diesen Gesundungsprozess durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu unterbrechen und zu verhindern. Wohl bedarf es noch einer zielbewußten gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit, um die Proletarier dahin zu bringen, daß sie ihre Freizeit in vernünftiger Weise ausnutzen, aber diese Arbeit muß und wird geleistet werden. Es darf natürlich nicht vorkommen, daß die freie Zeit benützt wird, um Pflasterarbeit nach Feierabend zu machen, oder daß sie in Wirtshäusern im Alkoholkrausch verbracht wird, es gibt vielmehr andere, edlere Genüsse, die der kurze Arbeitstag dem Proletarier ermöglicht.

Die Einwirkung des Achtstundentages auf den geistigen und sittlichen Zustand des Proletariats ist unverkennbar. Wer den Aufstieg der proletarischen Schichten in den letzten Jahrzehnten beobachtet hat, der weiß, daß ihr Bildungsstand gestiegen ist. Die verelendeten, durch überlange Arbeitszeit gemürbten Proletarier früherer Zeit konnten keine geistigen und kulturellen Bedürfnisse, sie waren zufrieden mit materiellen Dingen und lebten stumpfsinnig dahin. Nur wenigen von ihnen, in denen ein Prometheusjunge lebte, war es beschieden, sich Wissen und Bildung anzueignen. Das ist im Laufe der Zeit anders geworden, immer breitere Scharen des Volkes bahnten sich den Weg zu den Quellen des Wissens und der Bildung und wollten Anteil haben an den Kulturschätzen.

Vor allen Dingen hat die Verkürzung der Arbeitszeit auf das proletarische Familienleben günstig eingewirkt, während die überlange Arbeitszeit, die früherer Brauch war, ein gesundes Familienleben geradezu unmöglich machte. Wie konnte sich ein verheirateter Proletarier seiner Familie widmen, wenn er im Morgengrauen sein Heim verließ und erst in dunkler Nacht abgespannt und ermüdet von seiner Arbeit heimkam, so daß er die Kinder nur schlafend sah, wenn er auch die Sonn- und Feiertage an seiner Arbeitsstätte zubringen mußte? Erst eine kurze Arbeitszeit und zumal der Achtstundentag gewährte ihm die Möglichkeit, sich als Familienvater betätigen zu können, wie er ihm auch die Möglichkeit gibt, sich als Kulturmenschen zu fühlen, der nicht mehr Arbeiter ist, sondern sich zu einem Vollmenschlichen entwickelt.

Wenn man all die Vorteile ins Auge faßt, die der Achtstundentag unzweifelhaft mit sich bringt, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß er sich sozialpolitisch und selbst volkswirtschaftlich auch dann rechtfertigen läßt, wenn er tatsächlich eine geringe und vorübergehende Verminderung der Arbeitsleistungen nach sich ziehen sollte. Leider herrscht noch in den kapitalistisch verfeuchten Schichten die rein materialistische Auffassung, daß nur die wirtschaftliche Seite des menschlichen Zusammenlebens Berücksichtigung verdienen und daß die Schaffung und Schonung geistiger, kultureller und sittlicher Werte nutzlos sei, weil sie nichts einbringen. Ein jeder verständige Mensch weiß, daß ein gelaudes, sittlich, geistig und kulturell hochstehendes Volk leistungsfähiger ist als ein heruntergekommenes, entartetes Volk. Es bleibt also dabei: Will man die Arbeitsleistungen steigern und dadurch unser Wirtschaftsleben wieder gesund machen, so ist eine Beseitigung des Achtstundentages sicherlich der verkürzte Weg, um dieses durchaus erstrebenswerte Ziel zu erreichen. Es gilt vielmehr, in den arbeitenden Persönlichkeiten die Arbeitslust und Schaffensfreude zu wecken und zu pflegen, damit sie mit innerer Anteilnahme ihre Tätigkeit pflichtgemäß und mit peinlicher Sorgfalt verrichten. Nur auf diese Weise ist eine Leistungssteigerung möglich, alle äußerlichen Zwangsmittel müssen und werden verfallen.

Auswertung der Budapest Metallarbeiter

Wie wir der politischen Tagespresse entnehmen, stehen seit einigen Wochen unsere Budapest Kollegen in einer Lohnbewegung. Da die Unternehmer jede Verhandlung über eine Lohnhöhung strikte ablehnten, kam es in einigen Betrieben zum Streik. Viele partiiellen Streiks dauerten schon fast zwei Wochen und waren — wie sich sehr leicht denken läßt — den Unternehmern recht unangenehm. Nun haben die im Unternehmerverband vereinigten Eisenwerke und Maschinenfabriken beschlossen, wenn die streikenden Arbeiter nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, in sämtlichen dem Verband angehörenden Betrieben die Metallarbeiter auszusperrten. Von dieser Maßregel werden ungefähr 4000 Arbeiter betroffen. Die Budapest Metallindustriellen werden sehr bald begreifen müssen, daß sie sich durch die Aussperrung nur selbst geschädigt haben, denn von den ganzen bisher durchgeführten Aussperrungen hat nur ein verschwindend kleiner Teil tatsächlich die versprochenen Erfolge gebracht. Wir werden nach Beendigung der Bewegung einen abschließenden Bericht bringen.

Arbeiterbespitzelung im Saarbergbau

Die französische Bergverwaltung hat, wie der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst berichtet, auf jeder Inspektion einen Nachrichtenbroschur (im Volksmund Spitzeldienst) eingerichtet. Bei der früheren preussischen Verwaltung waren auf jeder Inspektion zwei bis vier Grubenführer, welche das Grubengelände vor Diebstählen und unbefugtem Betreten zu schützen hatten. Die französische Verwaltung hat die Grubenwächter auf einzelnen Inspektionen bis zu 20 bis 30 vermehrt. Der Zweck dieser Verstärkung ist, daß sie nicht nur das Grubengelände, sondern alle möglichen Personen und Körperschaften in und außerhalb des Grubenbetriebes überwachen soll. Knappschätzmeister, Knappschätzräte, Funktionäre der Organisationen, französische Bergarbeiter, die Abfahrt der Kohlen usw. und besonders alle Gewerkschaftsversammlungen werden überwacht. Die politische, deutsche oder französische Meinung der Personen scheint der Grubenverwaltung besonders wichtig zu sein. An der Spitze eines jeden Inspektion steht der Grubenführer (Oberwächter), welcher die Befehle an die Grubenführer gibt und dann die eingegangenen Meldungen an den Grubenmajor nach der Generaldirektion weiterleitet. Doch durch diesen Nachrichtenbroschur (Spitzeldienst) unzweifelhaft falsche Meldungen über Personen erstattet werden, nach deren Beurteilung und Entscheidungen die Betroffenen oft wirtschaftlich geschädigt werden, ist außer Zweifel. Auch im gegenwärtigen Streik wird von den Grubenführern ein Tagesbericht verlangt, besonders sollen sie die streikenden Bergarbeiter namhaft machen.

Ein solcher Bericht einer Grube ist zur Kenntnis der Streikleitung gekommen. Darin haben fast alle Grubenführer der Inspektion berichtet, daß wohl Streikposten ständen, aber nicht vorgefallen sei. Nachrichten geben wir sechs von dem streikenden Punkte enthaltenden Bericht wieder:

1. Gang von 10 bis 6 Uhr. Ich habe keinen Streikposten bemerkt, Nacht war ruhig.
2. Tagesgang von 6 bis 2 Uhr. Wie ich um 6 Uhr am Haupteingang vorbei kam, um meinen Dienst anzutreten, sah ich zwei Streikposten. Ich habe sie nicht erkannt.
3. Gang von 10 bis 6 Uhr. Ich habe keinen Streikposten gesehen, Nacht war ruhig.
4. Nichts Besonderes zu melden. Alles ist ruhig und in Ordnung.
5. Um 10.45 Uhr abends hat man die militärischen Wachen zurückgezogen und um 5.30 Uhr waren sie wieder da. In der Nähe des Gr. Schachtes sah ich drei Personen, die scheinlich Holz schneiden wollten. Die Nacht war ruhig, vom Streik nichts Besonderes.
6. Auf dem Weg zum Ostingang sah ich vier Streikposten. Sie gingen um 11 Uhr abends weg. Ich habe nur gehört, daß am nächsten Montag die Notstandsarbeiten nicht mehr getan werden sollen. Ich habe die fliegenden Blätter verteilt. Die Nacht war ruhig und alles in Ordnung.

So lauten die Berichte von den von der Grube angeordneten Wächtern, aus denen hervorgeht, daß überall alles ruhig und in Ordnung ist. Aber diese Ruhe gefällt dem Herrn Oberwächter nicht, er macht hinter die einzelnen Berichte in roter Linie seine Bemerkungen, Einzelne Streikposten kennzeichnen, was man will. So schreibt er:

1. Sp. ist gebürtig aus Sch. G. muß doch die Streikposten kennen.
2. Für das dritte Mal denselben Bericht, gibt nicht die Namen der Streikposten an.
3. Uninteressant. Gibt niemals die Namen der Streikposten an.
4. Hat noch keinen Streikposten gemeldet.
5. Meiner Meinung nach unterstützt er auch die Streikenden.
6. Herr Th. meldete mir, daß ein Wächter, der in der Nähe der Grube wohnt, ins Streikbüro geht und dort ein Wort mitteilt. Nach der Beschreibung kann es nur der Wächter S. sein. Der Bericht der Nacht beweist, daß er sich nicht stark für uns interessiert. Meiner Meinung nach ist er ein Spion der Streikenden.

Eine Behörde, die für solche Spitzeldienst verantwortlich ist, will die Arbeiter für Brandstiftung gewinnen. Heilige Einfalt!

Gefälschtes Rundschreiben

Der Legitimationsarbeiter vom 16. Januar machte am Freitagabend eine Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberverbandes für Industrie, Gewerbe usw., das von der ganzen Arbeiterpresse übernommen und worauf auch in unserem Leitartikel vom 2. Februar Bezug genommen wurde. In seiner neuesten Ausgabe (2. März) bringt nun der Legitimationsarbeiter eine Verichtigung, die annehmen läßt, daß das Rundschreiben gefälscht ist. Im Anschluß an die Verichtigung sagt der Legitimationsarbeiter, daß

1. ein in jahrzehntelanger Arbeit als durchaus zuverlässig anerkannter, in höherer Stellung befindlicher Angestellter einer Gewerkschaft unter Umständen und mit Begründungen das Rundschreiben übermittelt, die an der Echtheit desselben einen Zweifel nicht aufkommen lassen konnten;
2. daß die Unternehmergruppe, welcher zuerst von dem Rundschreiben Kenntnis gegeben wurde, das Rundschreiben durchaus nicht ausdrücklich ablehnte, sondern in einer Weise Kenntnis davon nahm, die den Glauben an die Echtheit des nunmehr als Fälschung festgestellten Rundschreibens befestigte.

Demnach konnte der Legitimationsarbeiter kaum Zweifel an der Echtheit des Rundschreibens haben. Er kündigt eine Untersuchung und nachdrückliches Vorgehen gegen die Schuldigen an. Der Vorfall, den wir bedauern, zeigt einmal mehr, daß mitunter selbst die größte Vorsicht nicht ausreichend ist.

An der Wichtigkeit des (gefälschten) Rundschreibens hat übrigens kaum ein organisierter Arbeiter gezweifelt, weil sein Inhalt mit den bisherigen Taten und Plänen wichtiger Unternehmerkreise völlig übereinstimmt. Man denke nur an die Aussperrung der beiden Bergvereine, an die Zerstörung der Gewerkschaften, an die schwarzen Listen, an die Ausschaltung faschistischer Warden und an all das viele andere, was Unternehmer an der Arbeiterbewegung verübt haben. Im Anschluß an die Verichtigung bringt der Legitimationsarbeiter wieder zwei Beweise dafür, daß der aus dem Rundschreiben atmende Geist im deutschen Unternehmertum noch ganz lebendig ist.

Was sprach ein Gottesmann

Am Grabe der bei dem Unglück auf dem Bergwerk Feinigt getöteten Proletarier sprach der Wiener Kierstoj in Weiden also:

Früher, wo die Vergilte vor jeder Schicht der hl. Barbara ein Gebet und Loblied spendeten, da erregten sich solche großen Unglücksfälle im obersteilsten Bergbau nicht. Das große Unglück ist eine Strafe Gottes für das Unterbleiben der Schutzgebete bei der hl. Barbara. Dies sollten sich die Vergilte zu Herzen nehmen.

Diesem Gottesmann widmet die Bergarbeiterzeitung folgende Worte:

Herr Wiener Kierstoj! Heute beten die schlesischen Kameraden nicht mehr laut zur hl. Barbara; es passierten jedoch früher, als sie noch laut beteten, auch grausige Massenunglücke im obersteilsten Bergbau. Es 1886 auf der Alphasgrube (104 Tote), 1897 und 1903 wurden auf der Laurahüttengrube durch Grubenbrand und Schlagwetter gleichfalls viele Vergilte getötet. Diese Unglücksfälle liege sich noch sehr verlängern. Glauben Sie im übrigen, Herr Wiener, daß St. Barbara oder der liebe Gott Menschen töten lassen, weil sie nicht laut beten? ... Kein Mensch glaubt, daß Gott diese Katastrophe hat kommen lassen. Sie haben den lieben Gott beleidigt. Rollen Sie den Heiliggeist für die Mißstände verantwortlich machen? Schämten Sie sich nicht und machen es wieder gut? Vergeben Sie nicht den Armen, sondern folgen Sie Ihrem großen Lehrer, dem Nazarener, welcher den Reichen predigte. Vergeben Sie den Schuldigen. Dieses zu tun, ist Ihre moralische Pflicht. Vergeben Sie, daß menschenwürdige Zustände auf den Bergwerken herrschen sollen, dann wird die „Strafe Gottes“, werden Bergarbeiter möglichst unterbleiben; dann wird auch die hl. Barbara helfen und Blut und Tränen brauchen nicht mehr in diesem Ausmaß zu fließen.

wenigstens zu beschränken, in der Absicht, die Vertragsbedingungen zu erämpfen, durch welche sie über die Stellung einfacher Slaven emporgehoben würden. Der unmittelbare Zweck der Gewerkschaften beschränkte sich dabei auf die alltäglichen Bedürfnisse, auf augenblickliche Ausstufungsmittel gegen die fortwährenden Übergriffe des Kapitals, mit einem Wort: auf die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht bloß berechtigt, sie ist notwendig. Sie darf nicht aufgegeben werden, solange das gegenwärtige Produktionsystem dauert. Im Gegenteil, sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und Verallgemeinerung von Gewerkschaften in allen Ländern. Andererseits bildeten die Gewerkschaften sich selbst unbewußt, Organisationsmittelpunkte der Arbeiterklasse, wie die mittelalterlichen Gemeinden und Korporationen es für die Bürgerklasse waren. Wenn die Gewerkschaften für den Kampf zwischen Arbeit und Kapital unentbehrlich sind, so haben sie eine noch größere Bedeutung als organisierte Körperschaften zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Herrschaft des Kapitals.

Ihre Gegenwart: In unauflöslicher Verbindung mit dem irdischen und unmittelbaren Kampf gegen das Kapital beschäftigt, haben die Gewerkschaften noch nicht hinlänglich ihre Macht, gegen das System der Lohnarbeit selbst zu wirken, begriffen. Sie haben sich deshalb zu sehr von der allgemeinen sozialen und politischen Bewegung ferngehalten. Sie werden sich aber in Zukunft mit dem Bewußtsein ihrer hohen geschichtlichen Mission aufbäumen.

Ihre Zukunft: Abgesehen von dem ursprünglichen Zweck, müssen die Gewerkschaften der Arbeiterklasse jetzt benutzt als Organisationsmittelpunkte der Arbeiterklasse deren vollständige Befreiung anstreben. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, unterstützen. Wenn sie sich als Vorläufer und Vertreter der gesamten Arbeiterklasse betrachten und demgemäß handeln, können sie nicht ausweichen, die jetzt noch schwebenden Arbeiter in ihre Reihen hineinzuziehen. Sie müssen sich mit ernstem Eifer dem Interzessen der am schlechtesten bezahlten Arbeiter widmen, wie zum Beispiel der landlosen Tagelöhner, die durch ausnahmsweise Verhältnisse machtlos ge-

Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus

Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Verbindung gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen stellen die Klasse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Einheit ist die größere Klasse der Arbeiter verlangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen, Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.

Der Mensch ohne freie Zeit

Die Zeit ist der Raum der menschlichen Entwicklung. Ein Mensch, der über keine freie Zeit zu verfügen hat, dessen ganze Lebenszeit abgehen von den bloß physischen Unterbrechungen durch Schlaf, Mahlzeiten usw., durch seine Arbeit für den Kapitalisten in Anspruch genommen wird, ist weniger als ein Kastrat. Er ist eine bloße Maschine zur Erzeugung von fremdem Reichtum, körperlich gebrochen und geistig verflücht. Und doch zeigt die ganze Geschichte der modernen Industrie, daß das Kapital, wenn nicht im Raum gehalten, rückwärtslos und unbarmherzig daran arbeiten wird, die ganze Arbeiterklasse auf diesen äußersten Stand der Herabwürdigung zu bringen.

Notstandshilfe für Sozialrentner

Durch ein Gesetz vom 7. Dezember 1921 über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung der Rentempfänger der Invaliden- und Angehörigenversicherung soll jedem Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente eine außer der Rente zu gewöhnlicher Unterstützung in bestimmter Höhe gezahlt werden. Die Durchführung dieser Unterstützungsmaßnahmen ist den Gemeinden übertragen und nicht, wie dies bei den Rentengulden der Fall war, der Versicherungsanstalt. Die Gemeinde muß diese Unterstützung in der jeweils festgesetzten Höhe gewähren, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Die Voraussetzungen, die verlangt werden können, sind im Gesetz genau umschrieben.

Infolge der Geldentwertung mußten die Geldbeträge wiederholt erhöht werden. Die letzte Erhöhung der Geldbeträge, die also zurzeit rechtlich maßgebend ist, wurde durch Verordnung vom 2. Februar 1923 gegeben. Diese Verordnung besagt nun:

Die Unterstützung ist so zu bemessen, daß für den Empfänger einer Invaliden- oder Waisenrente im Jahr 120 000 M (oder im Monat 10 000 M), für den Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente im Jahr 108 000 (oder im Monat 9 000 M), für den Empfänger einer Waisenrente im Jahr 60 000 M (oder im Monat 5 000 M) als Gesamteinkommen erreicht wird. Hat der Rentempfänger Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzusetzende Grenze um 15 000 M im Jahr (oder 1 250 M im Monat) für jedes Kind.

Das Gesamtjahreseinkommen setzt sich zusammen aus sämtlichen Einnahmen, die ein Rentempfänger hat, jedoch sind diese Beträge bis zu einer bestimmten Grenze von der Anrechnung befreit. Die Höhe dieser bei der Berechnung des Gesamtjahreseinkommens befreiten Beträge sind im § 2 Abs. 4 und 5 der Verordnung festgelegt.

Nach der letzten Regelung dürfen folgende Einkommensbeträge nicht angerechnet werden: Von dem Arbeitseinkommen bleiben 120 000 M im Jahr (gleich 10 000 M im Monat) von der Anrechnung frei. Bei der Rente aus der Invalidenversicherung darf nur die Rente (also nicht die Grundrente) in Anrechnung kommen. Die Rentenerhöhung beträgt seit dem 1. Januar 1923 bei der Invaliden-, Witwen- und Waisenrente 750 M, bei der Waisenrente 375 M im Monat.

Bezüge, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärsorgengesetze oder der kriegsrechtlichen Bestimmungen, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsanstalten sowie aus Sparguthaben gezahlt werden, dürfen nicht angerechnet werden, soweit die Beträge zusammen nicht den Betrag von 60 000 M im Jahr (oder 5 000 M im Monat) übersteigen.

Unterstützungen von Angehörigen dürfen nicht angerechnet werden, soweit diese Beträge die gesetzlich oder vertraglich übernommenen Verpflichtungen übersteigen. In einigen Fällen ist die Berechnung folgende:

1. Ein Invalidenrentempfänger, welcher keine Kinder unter 15 Jahren hat, verdient durch leichte Arbeit im Monat 10 000 M. Außerdem bekommt er Elternrente nach § 46 des Reichsversorgungsgesetzes in Höhe von 3000 M im Monat. Wenn weiter keine Einkommen vorhanden sind, würde dieser Rentempfänger als Notstandshilfe 10 000 M abzüglich 750 M Rentenerhöhung (dieser muß er als Invalidenrentner auf alle Fälle bekommen), also 9250 M im Monat bekommen.

2. Wenn dieser Rentempfänger nun aber zwei Kinder unter 15 Jahren hätte, würde er monatlich 1250 M im Monat, also 2500 M aus der Notstandshilfe mehr bekommen.

3. Wenn dieser Rentempfänger zwei Invalidenrentempfänger Witwenrenten bekäme, im übrigen aber die Einkommensverhältnisse wie im Beispiel 1 beständen, dann würde dieser 10 000 M aus 9000 M abzüglich 750 M, also 8250 M im Monat aus der Notstandshilfe bekommen.

4. Ein anderer Invalidenrentner verdient durch Arbeit im Monat 15 000 M und bekommt im übrigen 3000 M Elternrente. Dieser würde dann aus der Notstandshilfe 10 000 M abzüglich 750 M abzüglich der 750 M Rentenerhöhung im Monat bekommen. Hätte dieser Rentempfänger aber gar 20 000 M Arbeitseinkommen im Monat, dann würde er keine Unterstützung aus der Notstandshilfe bekommen.

5. Würde der Rentempfänger aus Beispiel 1 außer der Elternrente von 3000 M auf Grund vertraglich übernommener Verpflichtung (etwa als Miteigentümer) von einem Sohne monatlich 2000 M erhalten, dann ermäßigt sich die Unterstützung aus der Notstandshilfe um diesen Betrag, er würde also statt 9250 M nur 7250 erhalten. Würde der Sohn, der vertraglich verpflichtet ist, monatlich 3000 M zu zahlen, dann aber 5000 M im Monat zahlen, dann dürften die 3000 M nicht angerechnet werden. Also nochmals: eine freiwillige Unterstützung von Angehörigen darf auf das Gesamtjahreseinkommen nicht angerechnet werden.

Als Kinder gelten eheliche, für ehelich erklärte und an Kindesstatt angenommene Kinder. Uneheliche Kinder dürfen nur angerechnet werden, wenn die Mutter des unehelichen Kindes selber als Rentempfängerin in Betracht kommt.

Der Antrag auf Unterstützung aus der Notstandshilfe ist bei der Gemeindebehörde zu stellen. Diese legt die Höhe der Unterstützung fest und hat die Auszahlung zu veranlassen.

Die Höhe der Unterstützung soll möglichst für ein Vierteljahr festgesetzt werden und ist von der Gemeinde monatlich oder wöchentlich zu zahlen. Wichtig dürfte noch sein, darauf hinzuweisen, daß die Unterstützungsgemeinden von den entsprechenden Unterstützungen zwei Drittel selber tragen müssen, was natürlich für den Gemeinderat neben den zwei Dritteln, welche die Gemeinde für die Gewerbesteuerzufolge zahlen muß, eine ganz erhebliche Belastung bedeutet. Aber trotzdem müssen unsere Genossen in den Parlamenten immer wieder für das Recht zum Leben der Kräfte der Armen eintreten.

Revolutionäre Wahnideen

In der Arbeiterbewegung haben wir uns nun so langsam an alle die revolutionären Wahnideen gewöhnt, die bis zur Unkenntlichkeit konstatieren können. Schon lange werden sie nicht mehr ernst genommen und in den Reihen der Arbeiter und Gewerkschaften geschult. Das ist ein Fortschritt, es handelt sich in den allerersten Stadien um beherrschende, trübe Kräfte, die ein russischer Kriegergeist hat. Der „Bolschewismus“ bringt darüber folgende Mitteilung:

Der kommunistische Krieger Dr. Gelland hat in einem Vortrag über die geistige Verfassung und die psychischen Erscheinungen der russischen Kommunisten gehalten, dessen Inhalt er selbst in den kommunistischen „Inwestija“ folgendermaßen wiedergibt: Der russische Kommunismus wurde von der Idee der „Kollektiven Revolution“ befruchtet, er zeigt daher zum revolutionären Menschentum. Als Träger und Beschleuniger einer außerordentlichen Kraft (die) seinen Gehirnen angelegt, unterliegt er einer besonderen geistigen Spannung. Dies erge sein Gefühl und Etwas, das, das er selbst bei der Parteilichkeit und Parteilichkeit hat. Die gesamte Revolutionäre mit Überzeugung und Unterwerfung haben seine Befehle zu befolgen. Die für viele Kommunisten unerschütterliche neue Wirtschaftspolitik (der „sozialen Reform“) mit ihren Begleiterscheinungen und dem ständigen Übergang vom Kampf zur ständigen Arbeit hat vielfach eine gewisse Art hervorgebracht, die nur die psychische Disziplinierung gefordert und die Geist der Revolutionäre bereichert. Dabei ist es notwendig, die psychischen Erscheinungen dieser zu beherrschen. Als Revolutionäre müssen sie sich seiner Kraft und seine den Krieger als möglich, dem nicht-kommunistischen Krieger gegenüber nicht zu verhalten. Diese geistige Einstellung, die Dr. Gelland, ist es eine besondere Parteilichkeit geworden, mit der sich der kommunistische Parteilichkeit befähigen muß, um die Revolutionäre zur Führung der revolutionären Kräfte zu befähigen.

Wenn ein kommunistischer Krieger diese gewisse Erscheinungen nicht seinen Genossen zeigt, daß er sich verhalten soll, so ist die Parteilichkeit unerschütterlich, dann muß es schon sein.

damit besetzt sein, und es handelt sich um eine Massenbewegung. Es ist verständlich, daß die „Ideen der Weltrevolution“ besonders unter der Arbeiterschaft Unheil anrichten müßten, die als Analphabeten in Betracht kommen. Aber diese sind es nicht allein, die von der Wahnidee befallen werden. Ohne Zweifel handelt es sich in allen derartigen Fällen um Menschen, die sich selbst kein Urteil über die ökonomischen und politischen Zusammenhänge zu bilden vermögen, sondern an das glauben, was ihnen von den Führern suggeriert wird. Und weil der Glaube an die Weltrevolution nicht in Erfüllung geht, deshalb sehr berartige Leute die Ursache nicht in den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen, sondern in dem „Verrat“ der führenden Sozialisten; eine Idee, die gleichfalls sich zur Wahnidee steigert und die auch nur die Folge der Suggestion durch die Führer ist.

Nun wäre es aber auch sehr verfehlt, anzunehmen, daß sich diese kommunistischen Anstaltserscheinungen nur auf Russland beschränken. Die Idee des „Wahnes“ macht keineswegs an der Grenze Halt; sie findet in allen Ländern ihre Opfer. Es sind arme Menschen, die davon befallen sind. Ohne eigene Gedanken zu besitzen, ergreifen sie immer wieder das Beste, was ihnen eingegeben wird. Man braucht nur täglich die Schreibweise der „Roten Fahne“ zu verfolgen, um sich dann die Folgen dieser Wahnidee der „Weltrevolution“, der „Verräter“ und der täglich wie auf einem Film aufgezogenen Parolen vorzustellen.

Die Stellung dieser psychopathologischen Anstaltserscheinungen kann nur von der Stelle aus erfolgen, von der sie ihren Ausgang genommen hat. Das sind Lenin und Genossen. Wenn sie schon viel in dieser Hinsicht getan und ihren Anhängern gesagt, daß der Kommunismus sich nicht so leicht durchführen lasse. Da sie aber ihren Irrtum nicht offen eingestehen wollen, so wird der Mühsal, den sie in der Wirtschaftspolitik antreten müssen, durch Schimpfen auf die „Verräter“ verdeckt. Natürlich wird damit der armen Unwissenden nicht geholfen, sondern sie werden in ihrer Wahnidee bestärkt.

Man braucht aber keineswegs zu glauben, daß es nur einfache Arbeiter sind, die von der Wahnidee befallen werden. Auch die „Großen“ sind davon nicht verschont geblieben. Bei ihnen war es die Idee des Größenwahns, daß sie als diejenigen gelten wollen, die den Kommunismus aus der Theorie in die Praxis durchgeführt haben. Die Praxis hat ihnen dann aber gezeigt, daß sich die ökonomischen Gesetze nicht durch Kanonen ändern lassen.

Müssen Werkwohnungen auf Verlangen der Unternehmer geräumt werden?

Diese so überaus wichtige Frage wurde vom Amtsgericht Köln verneint. Ein Arbeiter hatte eine Klage der Arbeitergesellschaft für Stiefelbinder in Anknüpfung der Köln gestellt bekommen, weil er sich geweigert hatte, eine Werkwohnung zu räumen, über die das obige Amtsgericht zu entscheiden hatte. Aus dem Urteil sei folgendes mitgeteilt: Wegen Räumung hat das Amtsgericht, Art. 56, in Köln für Recht erkannt: Die Klage wird abgewiesen. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Grund: Wegen des Tatbestandes wird auf die Klage schriftlich und die Verhandlung Bezug genommen. Der Beklagte widerspricht der Klage, weil sie und die vorausgegangene Kündigung nicht vom Räumungsgesetz mit Genehmigung der Mieterin, weil es sich um eine Werkwohnung handle. Die Genehmigung der Mieterin ist bei den Wohnverhältnissen vorgezeichnet. Ein solches liegt nicht vor, wenn die Wohnung als Entgelt für Dienstleistungen gewährt wird. Im vorliegenden Falle werden die vom Beklagten übernommenen Dienstleistungen ausschließlich mit Geld und den bestehenden Tarifen abgegolten. Die Gewährung der Wohnung ist also kein Teil des Entgelts für die Dienste. Vielmehr ist die Übernahme der Dienstleistungen durch den Beklagten nur die Voraussetzung für die Überlassung einer Wohnung. Für diese Überlassung hat sich die Klägerin eine Gegenleistung in Geld anbedungen. Darin liegt der Abschluß eines selbständigen Mietvertrages. § 535 BGB ändert nichts daran, daß der Mieter (Beklagter) Entgelt, Entschädigung und Rückzahlung an die im Mietvertrage besondern niedriger bestimmt werden ist. Das nimmt dem Beklagten über die Wohnung nicht die Natur eines Mietvertrages für dessen Lösung ist aber die Genehmigung der Mieterin, ein solches vorgezeichnet. Die Klage ohne Genehmigung der Mieterin ist also vorläufig nach § 31 BGB auf Kosten der Klägerin als unzulässig abzuweisen.

Die Firma hat gegen dieses Urteil Revision beim Landgericht Köln eingeleitet, welches die Revision verworfen hat. Dieses Urteil ist sehr wichtig und wir empfehlen es der Beachtung. Bis jetzt waren die Arbeiter von Werkwohnungen der Wälder der Unternehmer preisgegeben. Diese Abhängigkeit eines großen Teiles der Arbeiterschaft hat schon manche Arbeiterbewegung geschädigt und manchen Streik unmöglich gemacht. Das Urteil wird noch dadurch besonders wichtig, daß in den letzten Jahren infolge der Wohnungsnot von den Großbetrieben zahlreiche Arbeiterkolonien gebaut wurden und dadurch ein größerer Teil von Arbeitern in eine gewisse Abhängigkeit geraten ist.

Verbindlichkeitsklärung.
Das in Nr. 3 der R.-Z. wiedergegebene Urteil des Reichsgerichts vom 2. November 1922 enthält infolge eines funktionsfähigen Fehlers, als es heißt: „Der Demobilisierungskommissar ist berechtigt, Schiedssprüche in Gesamtschlichtungen für allgemeinverbindlich zu erklären“ heißen muß: „Der Demobilisierungskommissar ist berechtigt, Schiedssprüche in Gesamtschlichtungen für verbindlich zu erklären“. Das Wort „allgemein“ kommt in Wegfall.
Der Demobilisierungskommissar kann Schiedssprüche nur für verbindlich erklären. Die Allgemeinverbindlichkeitsklärung kann nur die Reichsarbeitsverwaltung ausprechen.

Eingegangene Schriften
Reife hat beim Verlag oder in einer Buchhandlung zu erfahren.
Wesen und Ziel des Arbeitsrechts. Von Heinz Rothoff, München. 250 S. 48 Seiten. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in d. S. — Der Verfasser ist durch seine jahrzehntelange Tätigkeit auf dem Gebiete des Arbeitsrechts allseitig bekannt. In der vorliegenden Arbeit wird nachgewiesen, daß die rechtliche Stellung des Arbeitnehmers im Verhältnis zum Arbeitgeber als Schuldenverhältnis dem Wesen des Arbeitsrechts nicht entspricht. Wenn die Freiheit des Staatsbürgers gibt dem Arbeitnehmer noch nicht die Möglichkeit, bei freier Arbeitsvertrag mit seinem Arbeitgeber gleichberechtigt abzuschließen, da in der Tat der Unternehmer gegenüber dem Arbeitnehmer stets im Vorteil sei. Dieser Zustand sei nur zu beseitigen durch Anwendung des personennichtlichen Charakters des Arbeitsverhältnisses, und zwar auf kollektiver Grundlage, als Organisationsprinzip. Die Schrift enthält als Anhang wertvolle Abhandlungen über Rechtschaffenheit des Arbeitsverhältnisses, Dienstverhältnis und Arbeitsverhältnis sowie Arbeitsverhältnis ohne Arbeitsvertrag.
Der Gewerkschafts- und Staatsarbeiterverband hat die aufklärerische und sühnende Schrift für seine Mitglieder fortgesetzt. Es erschienen nun: Heft 5: 1. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. H. Zimmmermann, Garmisch-Partenkirchen, Garmisch-Partenkirchen. Von Fritz Winkler, Berlin. — Heft 6: Die Währungsfragen der Gewerkschaften. Von Emil Zimmmermann, Berlin. — Heft 7: Sozialer Gehaltsvergleich und andererseits von Emil Zimmmermann. In welchem durch: Richard der Gewerkschafts- und Staatsarbeiter, Berlin S. 16. Buchhändlerische Ausgabe 15.
Der Leiter des Reichsverbandes der Arbeitervereine in Deutschland, Hermann zum Schützenberg, hat die Schrift für seine Mitglieder fortgesetzt. Es erschienen nun: Heft 8: 1. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. H. Zimmmermann, Garmisch-Partenkirchen, Garmisch-Partenkirchen. Von Fritz Winkler, Berlin. — Heft 9: Sozialer Gehaltsvergleich und andererseits von Emil Zimmmermann. In welchem durch: Richard der Gewerkschafts- und Staatsarbeiter, Berlin S. 16. Buchhändlerische Ausgabe 15.

Verbands-Anzeigen
Angestellte gesucht.
Gießerei- u. Maschinenbau. Ein erfahrener Gießereiarbeiter, der sich mit der Leitung der Gießerei beschäftigt, wird gesucht. Der Bewerber muß einwandfrei, organisiert und energiegelad sein, sowie mit den einschlägigen Gesetzen und im Schlichtungsverfahren vertraut sein. Solche aufzufinden und beizubringen. Die Bewerber müssen über die besten Zeugnisse verfügen. Bewerbungen sind an den Vorstand, Garmisch-Partenkirchen, Reichsstraße 16, zu richten.

Sonstige Anzeigen
Garmisch-Partenkirchen. Ein erfahrener Gießereiarbeiter, der sich mit der Leitung der Gießerei beschäftigt, wird gesucht. Der Bewerber muß einwandfrei, organisiert und energiegelad sein, sowie mit den einschlägigen Gesetzen und im Schlichtungsverfahren vertraut sein. Solche aufzufinden und beizubringen. Die Bewerber müssen über die besten Zeugnisse verfügen. Bewerbungen sind an den Vorstand, Garmisch-Partenkirchen, Reichsstraße 16, zu richten.

Mitteilungen des Vorstandes
Mit Sonntag den 11. März ist der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. März 1923 fällig.
Bewerbung
zum Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.
Am 1. Mai 1923 beginnt der dritte Lehrgang an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.
Der Vorstand ist gewillt, die Akademie der Arbeit auch in diesem Jahre durch Kollegen unseres Verbandes zu bezeichnen; ihre Zahl wird jedoch mit Rücksicht auf die herrschende Leertung auf 4 beschränkt. In erster Linie sollen ledige Kollegen berücksichtigt werden. Bewerber nur dann, wenn die betreffenden Kollegen während ihres frankfurter Aufenthaltes auf eine besondere Familienunterstützung verzichten können.
Für die Teilnehmer kommen zwei Semester von je 4 Monaten in Betracht. Zwischen dem ersten und zweiten Semester liegt eine Pause von etwa 4 Wochen.
Das erste Semester beginnt am 1. Mai dieses Jahres, das zweite Semester schließt zum 15. Februar 1924 ab. Die Kosten für die vom Verband zu entsendenden Hörer trägt die Hauptkassa, und zwar:
1. für die Aufenthaltskosten in Frankfurt a. M. eine Unterstützung, die etwa 85—40% des jeweiligen Tariflohnes erwachsener Hocharbeiter Frankfurts beträgt,
2. darüber hinaus 25% der unter 1 genannten Unterstützung als Zuwendung für diese andere Ausgaben,
3. einen begrenzten Betrag zur Anschaffung notwendiger Bücher.
Außerdem erhält jeder Teilnehmer in jedem Semester für Stipendium und Wohnort nach Frankfurt a. M. resp. umgekehrt das Fahrgehalt 3. Klasse.
Für die von uns auf die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Hörer kommt in erster Linie die Erwerbung ökonomischer Kenntnisse, Wirtschaftslehre usw. in Betracht. Diese auf der Arbeiter-Akademie erworbenen Kenntnisse sollen die dortigen entsandten Kollegen nach unserer Gesamtorganisation dienstbar machen.
Als Bewerber können nur Kollegen in Frage kommen, die bereits eine bestimmte Schulbildung hinter sich haben, ein gutes Allgemeinwissen besitzen, Erfahrungen gesammelt, in der Arbeiterbewegung erprobt und neben ihrer engeren organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit ein gewisses Allgemeinwissen erworben haben.
Kollegen, die sich bewerben wollen, haben dieses schriftlich bei der Bezirksleitung ihres Bezirkes einzureichen, und zwar bis zum 21. März ds. Jrs. Bei der Bewerbung sind mitzubringen die bisherige Tätigkeit innerhalb der modernen Arbeiterbewegung, Schulbildung und Grad des nach der Schulentscheidung erworbenen allgemeinen Wissens, Alter, Familienstand (ob ledig oder verheiratet) und eventuelle weitere zweckdienliche Angaben. Die Bezirkskommission prüft die Bewerbungen und macht dem Vorstand unter Einbindung familiärer Bewerbungen zweckdienliche Vorschläge.
Der Vorstand trifft die endgültige Entscheidung über die an die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Kollegen.
Alle Erfragbücher müssen von jetzt ab bezahlt werden, ganz gleich, unter welchen Umständen das Originalbuch unbrauchbar geworden oder in Verlust geraten ist. Damit ist die Bestimmung des Verbandsreglements Seite 241 bezüglich der kostenlosen Ausfertigung von Erfragbüchern hinfällig.
Zum 1. März an kostet ein Erfragbuch 1200 M.
Bei Bestellung von Erfragbüchern sind die üblichen Gebührenformulare zu befüllen. Der Betrag ist in Reichsmark zu bezahlen. Briefmarken und fädelose Geldscheine können nicht in Zahlung genommen werden.
Aufforderung zur Rechtfertigung.
Das nachgenannte Mitglied wird nach § 25 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gießen:
Der Metallarbeiter Fritz Köhler, geb. am 28. Oktober 1908 zu Klein-Welchborn bei Breslau, Mitgliedsbuch Nr. 4241/1911, wegen Unterschlagung.
Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jferloh:
Der Schlosser Otto Jüngst, geb. am 11. Januar 1893 zu Dahlbrunn, Mitgliedsbuch Nr. 5061/1905;
Der Bergarbeiter Josef Schumacher, geb. am 18. November 1900 zu Wehlig, Mitgliedsbuch Nr. 3910/1911;
Der Metallarbeiter Walter Wolff, geb. am 15. Mai 1893 zu Dören, Mitgliedsbuch Nr. 5061/1906, sämtlich wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 11. März ist der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. März 1923 fällig.

Bewerbung

zum Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Am 1. Mai 1923 beginnt der dritte Lehrgang an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.
Der Vorstand ist gewillt, die Akademie der Arbeit auch in diesem Jahre durch Kollegen unseres Verbandes zu bezeichnen; ihre Zahl wird jedoch mit Rücksicht auf die herrschende Leertung auf 4 beschränkt. In erster Linie sollen ledige Kollegen berücksichtigt werden. Bewerber nur dann, wenn die betreffenden Kollegen während ihres frankfurter Aufenthaltes auf eine besondere Familienunterstützung verzichten können.
Für die Teilnehmer kommen zwei Semester von je 4 Monaten in Betracht. Zwischen dem ersten und zweiten Semester liegt eine Pause von etwa 4 Wochen.
Das erste Semester beginnt am 1. Mai dieses Jahres, das zweite Semester schließt zum 15. Februar 1924 ab. Die Kosten für die vom Verband zu entsendenden Hörer trägt die Hauptkassa, und zwar:
1. für die Aufenthaltskosten in Frankfurt a. M. eine Unterstützung, die etwa 85—40% des jeweiligen Tariflohnes erwachsener Hocharbeiter Frankfurts beträgt,
2. darüber hinaus 25% der unter 1 genannten Unterstützung als Zuwendung für diese andere Ausgaben,
3. einen begrenzten Betrag zur Anschaffung notwendiger Bücher.
Außerdem erhält jeder Teilnehmer in jedem Semester für Stipendium und Wohnort nach Frankfurt a. M. resp. umgekehrt das Fahrgehalt 3. Klasse.
Für die von uns auf die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Hörer kommt in erster Linie die Erwerbung ökonomischer Kenntnisse, Wirtschaftslehre usw. in Betracht. Diese auf der Arbeiter-Akademie erworbenen Kenntnisse sollen die dortigen entsandten Kollegen nach unserer Gesamtorganisation dienstbar machen.
Als Bewerber können nur Kollegen in Frage kommen, die bereits eine bestimmte Schulbildung hinter sich haben, ein gutes Allgemeinwissen besitzen, Erfahrungen gesammelt, in der Arbeiterbewegung erprobt und neben ihrer engeren organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit ein gewisses Allgemeinwissen erworben haben.
Kollegen, die sich bewerben wollen, haben dieses schriftlich bei der Bezirksleitung ihres Bezirkes einzureichen, und zwar bis zum 21. März ds. Jrs. Bei der Bewerbung sind mitzubringen die bisherige Tätigkeit innerhalb der modernen Arbeiterbewegung, Schulbildung und Grad des nach der Schulentscheidung erworbenen allgemeinen Wissens, Alter, Familienstand (ob ledig oder verheiratet) und eventuelle weitere zweckdienliche Angaben. Die Bezirkskommission prüft die Bewerbungen und macht dem Vorstand unter Einbindung familiärer Bewerbungen zweckdienliche Vorschläge.
Der Vorstand trifft die endgültige Entscheidung über die an die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Kollegen.

Alle Erfragbücher müssen von jetzt ab bezahlt werden, ganz gleich, unter welchen Umständen das Originalbuch unbrauchbar geworden oder in Verlust geraten ist. Damit ist die Bestimmung des Verbandsreglements Seite 241 bezüglich der kostenlosen Ausfertigung von Erfragbüchern hinfällig.
Zum 1. März an kostet ein Erfragbuch 1200 M.
Bei Bestellung von Erfragbüchern sind die üblichen Gebührenformulare zu befüllen. Der Betrag ist in Reichsmark zu bezahlen. Briefmarken und fädelose Geldscheine können nicht in Zahlung genommen werden.
Aufforderung zur Rechtfertigung.
Das nachgenannte Mitglied wird nach § 25 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gießen:
Der Metallarbeiter Fritz Köhler, geb. am 28. Oktober 1908 zu Klein-Welchborn bei Breslau, Mitgliedsbuch Nr. 4241/1911, wegen Unterschlagung.
Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jferloh:
Der Schlosser Otto Jüngst, geb. am 11. Januar 1893 zu Dahlbrunn, Mitgliedsbuch Nr. 5061/1905;
Der Bergarbeiter Josef Schumacher, geb. am 18. November 1900 zu Wehlig, Mitgliedsbuch Nr. 3910/1911;
Der Metallarbeiter Walter Wolff, geb. am 15. Mai 1893 zu Dören, Mitgliedsbuch Nr. 5061/1906, sämtlich wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:
von Formern und Gießereiarbeitern nach Ungarn D.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Lauterberg a. Don (Franz Kuhlmann) W.; nach Rumänien H.; nach Tempeburg i. Pom. (Maschinenfabriken B. Buchholz und Gärner) G.;
von Senfearbeitern nach Lärmig bei Aulitz, Etschschloß (Garmisch-Partenkirchen).
D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Maßregelung; W. = Währungsfrage; A. = Auslieferung.
Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende nicht in der Leitung gesteuert ist, Grundlegung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzurufen zu lassen.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbands-Anzeigen
Angestellte gesucht.
Gießerei- u. Maschinenbau. Ein erfahrener Gießereiarbeiter, der sich mit der Leitung der Gießerei beschäftigt, wird gesucht. Der Bewerber muß einwandfrei, organisiert und energiegelad sein, sowie mit den einschlägigen Gesetzen und im Schlichtungsverfahren vertraut sein. Solche aufzufinden und beizubringen. Die Bewerber müssen über die besten Zeugnisse verfügen. Bewerbungen sind an den Vorstand, Garmisch-Partenkirchen, Reichsstraße 16, zu richten.

Sonstige Anzeigen
Garmisch-Partenkirchen. Ein erfahrener Gießereiarbeiter, der sich mit der Leitung der Gießerei beschäftigt, wird gesucht. Der Bewerber muß einwandfrei, organisiert und energiegelad sein, sowie mit den einschlägigen Gesetzen und im Schlichtungsverfahren vertraut sein. Solche aufzufinden und beizubringen. Die Bewerber müssen über die besten Zeugnisse verfügen. Bewerbungen sind an den Vorstand, Garmisch-Partenkirchen, Reichsstraße 16, zu richten.

Mitteilungen des Vorstandes
Mit Sonntag den 11. März ist der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. März 1923 fällig.

Bewerbung
zum Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.
Am 1. Mai 1923 beginnt der dritte Lehrgang an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.
Der Vorstand ist gewillt, die Akademie der Arbeit auch in diesem Jahre durch Kollegen unseres Verbandes zu bezeichnen; ihre Zahl wird jedoch mit Rücksicht auf die herrschende Leertung auf 4 beschränkt. In erster Linie sollen ledige Kollegen berücksichtigt werden. Bewerber nur dann, wenn die betreffenden Kollegen während ihres frankfurter Aufenthaltes auf eine besondere Familienunterstützung verzichten können.
Für die Teilnehmer kommen zwei Semester von je 4 Monaten in Betracht. Zwischen dem ersten und zweiten Semester liegt eine Pause von etwa 4 Wochen.
Das erste Semester beginnt am 1. Mai dieses Jahres, das zweite Semester schließt zum 15. Februar 1924 ab. Die Kosten für die vom Verband zu entsendenden Hörer trägt die Hauptkassa, und zwar:
1. für die Aufenthaltskosten in Frankfurt a. M. eine Unterstützung, die etwa 85—40% des jeweiligen Tariflohnes erwachsener Hocharbeiter Frankfurts beträgt,
2. darüber hinaus 25% der unter 1 genannten Unterstützung als Zuwendung für diese andere Ausgaben,
3. einen begrenzten Betrag zur Anschaffung notwendiger Bücher.
Außerdem erhält jeder Teilnehmer in jedem Semester für Stipendium und Wohnort nach Frankfurt a. M. resp. umgekehrt das Fahrgehalt 3. Klasse.
Für die von uns auf die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Hörer kommt in erster Linie die Erwerbung ökonomischer Kenntnisse, Wirtschaftslehre usw. in Betracht. Diese auf der Arbeiter-Akademie erworbenen Kenntnisse sollen die dortigen entsandten Kollegen nach unserer Gesamtorganisation dienstbar machen.
Als Bewerber können nur Kollegen in Frage kommen, die bereits eine bestimmte Schulbildung hinter sich haben, ein gutes Allgemeinwissen besitzen, Erfahrungen gesammelt, in der Arbeiterbewegung erprobt und neben ihrer engeren organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit ein gewisses Allgemeinwissen erworben haben.
Kollegen, die sich bewerben wollen, haben dieses schriftlich bei der Bezirksleitung ihres Bezirkes einzureichen, und zwar bis zum 21. März ds. Jrs. Bei der Bewerbung sind mitzubringen die bisherige Tätigkeit innerhalb der modernen Arbeiterbewegung, Schulbildung und Grad des nach der Schulentscheidung erworbenen allgemeinen Wissens, Alter, Familienstand (ob ledig oder verheiratet) und eventuelle weitere zweckdienliche Angaben. Die Bezirkskommission prüft die Bewerbungen und macht dem Vorstand unter Einbindung familiärer Bewerbungen zweckdienliche Vorschläge.
Der Vorstand trifft die endgültige Entscheidung über die an die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Kollegen.

Alle Erfragbücher müssen von jetzt ab bezahlt werden, ganz gleich, unter welchen Umständen das Originalbuch unbrauchbar geworden oder in Verlust geraten ist. Damit ist die Bestimmung des Verbandsreglements Seite 241 bezüglich der kostenlosen Ausfertigung von Erfragbüchern hinfällig.
Zum 1. März an kostet ein Erfragbuch 1200 M.
Bei Bestellung von Erfragbüchern sind die üblichen Gebührenformulare zu befüllen. Der Betrag ist in Reichsmark zu bezahlen. Briefmarken und fädelose Geldscheine können nicht in Zahlung genommen werden.
Aufforderung zur Rechtfertigung.
Das nachgenannte Mitglied wird nach § 25 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gießen:
Der Metallarbeiter Fritz Köhler, geb. am 28. Oktober 1908 zu Klein-Welchborn bei Breslau, Mitgliedsbuch Nr. 4241/1911, wegen Unterschlagung.
Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jferloh:
Der Schlosser Otto Jüngst, geb. am 11. Januar 1893 zu Dahlbrunn, Mitgliedsbuch Nr. 5061/1905;
Der Bergarbeiter Josef Schumacher, geb. am 18. November 1900 zu Wehlig, Mitgliedsbuch Nr. 3910/1911;
Der Metallarbeiter Walter Wolff, geb. am 15. Mai 1893 zu Dören, Mitgliedsbuch Nr. 5061/1906, sämtlich wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:
von Formern und Gießereiarbeitern nach Ungarn D.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Lauterberg a. Don (Franz Kuhlmann) W.; nach Rumänien H.; nach Tempeburg i. Pom. (Maschinenfabriken B. Buchholz und Gärner) G.;
von Senfearbeitern nach Lärmig bei Aulitz, Etschschloß (Garmisch-Partenkirchen).
D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Maßregelung; W. = Währungsfrage; A. = Auslieferung.
Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende nicht in der Leitung gesteuert ist, Grundlegung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzurufen zu lassen.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbands-Anzeigen
Angestellte gesucht.
Gießerei- u. Maschinenbau. Ein erfahrener Gießereiarbeiter, der sich mit der Leitung der Gießerei beschäftigt, wird gesucht. Der Bewerber muß einwandfrei, organisiert und energiegelad sein, sowie mit den einschlägigen Gesetzen und im Schlichtungsverfahren vertraut sein. Solche aufzufinden und beizubringen. Die Bewerber müssen über die besten Zeugnisse verfügen. Bewerbungen sind an den Vorstand, Garmisch-Partenkirchen, Reichsstraße 16, zu richten.

Sonstige Anzeigen
Garmisch-Partenkirchen. Ein erfahrener Gießereiarbeiter, der sich mit der Leitung der Gießerei beschäftigt, wird gesucht. Der Bewerber muß einwandfrei, organisiert und energiegelad sein, sowie mit den einschlägigen Gesetzen und im Schlichtungsverfahren vertraut sein. Solche aufzufinden und beizubringen. Die Bewerber müssen über die besten Zeugnisse verfügen. Bewerbungen sind an den Vorstand, Garmisch-Partenkirchen, Reichsstraße 16, zu richten.